



Elternzentrum Berlin e.V. c/o Würzburger Str. 8, 10789 Berlin

Regierender Bürgermeister von Berlin  
Jüdenstraße 1  
10178 Berlin

Senatorin für Bildung, Jugend und Familie

Senatorin für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung

*vorab per E-mail*

Berlin, 14. September 2025

### **Offener Brief: Schulplatzsuche für autistische Kinder - ein würdeloser Zustand**

Sehr geehrte Herr Regierender Bürgermeister,  
sehr geehrte Frau Senatorinnen,  
sehr geehrte Verantwortliche der Berliner Bildungs- und Teilhabepolitik,

wir wenden uns heute an Sie mit einem dringenden Appell:

Die schulische Versorgung autistischer Kinder in Berlin ist unhaltbar. Für betroffene Familien ist die Realität geprägt von Ablehnung, Ohnmacht und Entwürdigung – in einem Ausmaß, das in einem sozialen Rechtsstaat wie Deutschland nicht hinnehmbar ist.

Eltern von autistischen Kindern durchlaufen ein Verfahren, das man kaum noch als Schulplatzsuche bezeichnen kann. Vielmehr handelt es sich um ein wiederholtes Bittstellen in einem System der systemischen Abweisung: Noch bevor ein Kind die Möglichkeit hat, sich an einer Schule vorzustellen, lehnen es viele Einrichtungen ab – unter anderem mit dem Hinweis auf „nicht ausreichende personelle Ressourcen“, „fehlende Förderstrukturen“ oder die „räumlichen Möglichkeiten“. Dies geschieht zum Teil per lapidarer Aussage am Telefon, manchmal aber auch schlicht durch Schweigen.

Kinder, die ein Recht auf Bildung haben, werden de facto aus dem System und somit der Gesellschaft gedrängt. Einige erhalten überhaupt keinen Schulplatz, andere werden auf völlig ungeeignete Lösungen verwiesen, die absehbar in der grassierenden Kurz- oder Nichtbeschulung enden. Eltern verlieren ihre Erwerbstätigkeit, weil sie ihre Kinder zuhause betreuen müssen. Kinder verlieren Vertrauen, Zugehörigkeit, Struktur – und in manchen Fällen auch ihren psychischen Halt. Das ist nicht nur eine pädagogische Katastrophe, sondern auch eine

menschliche Bankrotterklärung. Mit Bildungsgerechtigkeit und dem Anspruch auf eine wirksame und gleichberechtigte Teilhabe hat dies schon gar nichts zu tun. Die Anzahl von Familien mit autistischen Kindern, die ganz aus unserer Stadt herausgedrängt werden und Berlin aufgrund der fruchtlosen Suche nach einem geeigneten Schulplatz verlassen müssen, spricht für sich.

Wir fordern Sie auf:

- Schaffen Sie ausreichend Schulplätze für autistische Kinder in ganz Berlin – wohnortnah, differenziert und bedarfsgerecht. Dazu gehören sowohl inklusive Settings als auch spezialisierte Kleinklassen und sonderpädagogische Angebote unter Berücksichtigung des Elternwunsches; individuell angemessene Vorkehrungen, wie sie das Berliner Landesrecht festgeschrieben hat, müssen eine Selbstverständlichkeit sein.
- Beenden Sie die intransparente Praxis der Schulabsagen durch Schulen vor dem offiziellen Aufnahmeverfahren. Kinder dürfen nicht wie Lasten behandelt werden, die zwischen den Zuständigkeiten hin- und hergeschoben werden.
- Stellen Sie sicher, dass die Schulplatzvergabe gerade an autistische Kinder, die Vorhersehbarkeit und Vorbereitungszeit benötigen, keinesfalls später stattfindet als für nicht-behinderte Kinder. Vergabeentscheidungen erst Anfang Juli sind entschieden zu spät, diskriminierend und schlichtweg eine Zumutung. Auch die Verfahren zur Feststellung des Förderschwerpunktes müssen dementsprechend entschlackt und deutlich frühzeitiger als bislang beendet werden.
- Gewährleisten Sie in jedem Einzelfall eine adäquate Beschulung *ab dem ersten Schultag* inkl. individuell angemessener Vorkehrungen. Hierzu sind die Eltern sowie die an der Förderung des Kindes Beteiligten eng und *frühzeitig* einzubeziehen. Es muss Schluss sein mit dem Vertrösten der Familien auf Wochen, Monate oder manchmal sogar Jahre nach der Einschulung. Dann sind unsere Kinder zu häufig schon in die Nichtbeschulung geraten und ihre Eltern durch diesen Irrsinn teils von Armut betroffen.
- Schaffen Sie qualifizierte, autismusspezifische Bildungsangebote für Kinder, die derzeit ohne Schulplatz sind. Kein Kind darf „aus dem System fallen“ – schon gar nicht in einer Stadt wie Berlin.
- Stellen Sie die notwendigen personellen, sächlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen zur Verfügung. Bildungsgerechtigkeit muss politische Priorität ab dem ersten Schultag sein.
- Machen Sie sich ein realistisches Bild von der Lage und nehmen Sie am Autismus-Themen-Café „Autismus & Recht auf Bildung“ des Elternzentrums Berlin e.V. am 24. September 2025 um 16 Uhr im EmMi LuebesKind-Haus (Littenstraße 87) teil.

Berlin will eine weltoffene und inklusive Stadt sein. Solange jedoch Familien mit autistischen Kindern strukturell ausgegrenzt und in unwürdige Situationen gezwungen werden, bleibt das ein leeres Versprechen. Wir fordern daher Respekt, Teilhabe und konkrete Lösungen – jetzt!

Mit besorgten Grüßen,

i.A. der Vorstand des Elternzentrums Berlin e.V.

in Kooperation mit Aspies e.V. - Menschen im Autismus-Spektrum - der Vorstand  
sowie dem neurodivergenten Familientreff Autisticafé - die Eltern